Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2643

08. 07. 88

Sachgebiet 212

Große Anfrage

der Abgeordneten Müller (Düsseldorf), Schäfer (Offenburg), Becker-Inglau, Schmidt (Salzgitter), Weiermann, Dreßler, Bachmaier, Blunck, Conradi, Fischer (Homburg), Dr. Hartenstein, Dr. Hauff, Kiehm, Koltzsch, Lennartz, Dr. Martiny, Matthäus-Maier, Menzel, Reimann, Reuter, Dr. Schöfberger, Schütz, Stahl (Kempen), Waltemathe, Adler, Ibrügger, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Umwelt und Allergien

Die Zahl der Allergien nimmt in den letzten Jahren deutlich zu. Beobachtungen und Studien von Ärzten und medizinischen Einrichtungen ergeben, daß die Allergieerkrankungen in den vergangenen Jahren um 30 bis 40 v. H. zugenommen haben (nach: Niedersächsisches Sozialministerium). Wissenschaftler schätzen, daß heute 10 bis 20 v. H. aller Bundesbürger Allergiker seien (nach Bundesminister Dr. Riesenhuber, 1987). Allergien werden häufig bereits als „Volkskrankheit Nummer 1" bezeichnet. Dennoch sind Hautärzte, Allergologen und Kinderärzte oft ratlos, die Wissenschaftler beklagen große Forschungslücken. Die Allergotoxikologie ist noch weitgehend unerforscht.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat 1987 einen Forschungsschwerpunkt im Rahmen der Programme „Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit", „Umweltforschung und Umwelttechnologie" und „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens" mit einem jährlichen Etat von fünf Millionen DM eingerichtet.

In Brüssel wurde das erste europäische Allergieinstitut eröffnet. Es soll entsprechend dem US-amerikanischen Vorbild einen westeuropäischen Informationsaustausch über die Allergieforschung herstellen.

Die Zahl der allergieauslösenden Stoffe ist sehr groß, sie wird auf rd. 4 000 Substanzen geschätzt. Diese sind in Metallen (Chrom, Nickel, Kobalt), Kunststoffen, (Epoxid-) Harzen, Gummiinhaltsstoffen, Farbstoffen, Konservierungsmitteln, Desinfektionsmitteln (Formaldehyd), Ölen, Klebstoffen, Balsamen (Terpentin, Kolophonium), Textilien, Pflanzen und deren Produkten (Holzstaub, Mehl), Arzneimitteln, Lebensmitteln und Mikroorganismen anzutreffen. Hinzu kommen allergiebegünstigende Faktoren wie Streßfaktoren und individuelle Disposition.

Es ist vor allem das Verdienst US-amerikanischer Mediziner, auf den Zusammenhang zwischen dem Anstieg chronischer Erkrankungen und der Zunahme von Chemikalien in der Umwelt hingewiesen zu haben. Danach muß sich der Organismus des Menschen dauernd an vielfältige physikalische, chemische und nicht zuletzt psychische Umweltbelastungen anpassen. Die individuellen Reaktionen sind sehr verschieden, der Organismus wird „überbeansprucht". Bei vielen Menschen äußert sich dies in einem breiten Spektrum von Allergien, z. B. Asthma, Neurodermitis, Heuschnupfen, Kontaktekzeme oder Nesselausschlag. Der allergische Prozeß kann zu schwerwiegenden Krankheitserscheinungen führen – so z. B. zu Immunschwächen und chronischen Krankheiten. In den USA wurde aus dieser Erkenntnis die „klinische/medizinische Ökologie" entwickelt. Danach sind „Allergien" vor allem eine ökologische Krankheit: Das „Öko-System" habe sich danach in immer schnellerer Folge geändert, hinzu komme eine ansteigende toxikologische Belastung, vor allem bei der Berufstätigkeit. Durch diese Verkettung würde das immunologische System des Menschen für Krankheiten anfälliger.

Für die Bundesrepublik Deutschland besteht ein großer Handlungsbedarf:

— Nach repräsentativen Studien liegt bei rund 20 v. H. der Bevölkerung eine allergische Erkrankung in irgendeiner Form vor.

— In den letzten 35 Jahren hat sich die Zahl der beruflich bedingten Hauterkrankungen fast verzehnfacht. Diese Hauterkrankungen, die zu fast 90 v. H. allergische Reaktionen waren, liegen an der Spitze aller gemeldeten arbeitsbedingten Erkrankungen. Hinzu kommt eine beträchtliche Dunkelziffer, die auf ca. 20 v. H. der offiziellen Erfassung geschätzt wird.

— Rund eine Million Kinder leiden an einer Allergie, wobei die Diagnose kindlicher Allergien besonders schwierig ist.

Wir fragen die Bundesregierung:

a) Zur Verbreitung und Entwicklung von Allergieerkrankungen

1. Welche Erkenntnisse stehen der Bundesregierung zur Verfügung über
   — das breite Spektrum von Krankheitsbildern,
   — die unterschiedlichen Formen von Allergien und Pseudoallergien,
   — Art, Umfang, Schweregrad und Dauer von allergischen Erkrankungen,
   — Allergien durch natürliche Substanzen, durch Nahrungsmittel, durch Arzneien und durch weitere chemische Produkte,
   — die sozialen und volkswirtschaftlichen Kosten der Krankheit? In welcher Form sollen die Erkenntnisse in den dem Bundestag vorzulegenden Allergiebericht der Bundesregierung eingehen?

2. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse zu folgenden Fragen vor:

   Welches sind die Haupterkrankungsformen? Welche Altersgruppen sind besonders betroffen? Wie haben sich die allergischen Erkrankungen vor allem bei Kindern entwickelt? Gibt es vergleichende Zahlen für die Entwicklung von Allergien seit fünf, zehn und zwanzig Jahren, und wie aussagefähig sind die Zahlen?

3. Besteht nach Erkenntnissen der Bundesregierung ein enger Zusammenhang zwischen Allergien und Infekten, insbesondere bei obstruktiven Atemwegserkrankungen?

4. Seit 1982 verdichten sich die Hinweise auf einen Anstieg allergischer Krankheiten; ebenso ist bekannt, daß es beträchtliche Lücken im Forschungs- und Therapiebereich gibt. Warum wurde erst 1987 ein Forschungsschwerpunkt eingerichtet? Reicht der vorgesehene Förderungsrahmen von fünf Millionen DM jährlich aus, die Forschungsdefizite rasch zu beseitigen? Sollen auch prospektive Studien und ein Allergieregister erstellt werden? Wie werden die Ergebnisse der geförderten Forschungsobjekte der Öffentlichkeit bzw. interessierten Institutionen zugänglich gemacht? Werden die Betroffenen beteiligt?

b) Zum Zusammenhang allergischer Erkrankungen mit Veränderungen in der Umwelt

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse zahlreicher internationaler allergologischer Kongresse der letzten Jahre, die die Zunahme der Krankheiten in einem engen Zusammenhang mit einem Anstieg umweltschädlicher Stoffe stellen?

6. Welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung aus der medizinischen/klinischen Ökologie, die sich im weitesten Sinne mit allergischen Erkrankungen beschäftigt? Sieht sie in der Bundesrepublik Deutschland Defizite in der Entwicklung dieser Medizinrichtung, und will sie eine ökologische Gesundheitspolitik verstärkt fördern?

7. Inwieweit werden nach Kenntnissen der Bundesregierung die immunologischen Schutzbarrieren des Menschen durch (die Zunahme von) Umweltschädigungen und Umweltgiften geschwächt und zum „Einzelfaktor" für chronische Erkrankungen?

8. Sind Klimaanlagen eine besondere Expositionsquelle für Allergiker? Welche Bedeutung haben die Ethylenoxid-Expositionen durch Desinfektionsmittel? Welches Sensibilisierungspotential haben Schmuck, Bekleidung, Kosmetika und Körperflegemittel?

9. Wie bewertet die Bundesregierung die These, daß die industrielle Entwicklung und insbesondere die Ausweitung synthetischer Substanzen zu einem starken Anstieg allergischer Erkrankungen geführt hat? Wie wird der Anteil von „natür-

lichen" Allergenen im Verhältnis zu allergischen Krankheiten gesehen, die durch industrielle Produktion und Lebensweise verursacht werden?

10. Teilt die Bundesregierung die vom „Verband der chemischen Industrie" verbreiteten Thesen, daß
    — es keine wissenschaftlich belegte Erkenntnis über eine Zunahme von allergischen Erkrankungen gibt,
    — die Zahl der allergischen Erkrankungen bei der Herstellung und Verarbeitung chemischer Produkte überwiegt?

11. Sieht die Bundesregierung in diesen Aussagen einen Widerspruch zu
    — der Auffassung der WHO, wonach sich die Hinweise verstärken, daß der Einfluß von Chemikalien sowohl am Arbeitsplatz als auch generell in der Bevölkerung für eine Bandbreite von Problemen, wie etwa Allergien, Hypersensitivitäten und Unverträglichkeiten verantwortlich sein könnte,
    — dem Symposium des Bundesgesundheitsamts zu „Epidemiologie und allergische Erkrankungen",
    — dem Anstieg der gemeldeten beruflich bedingten Allergieerkrankungen,
    — den INFAS-Studien zu „Wahrnehmung von Allergien und allergischen Reaktionen"?

c) Zum Zusammenhang allergischer Erkrankungen mit den Bedingungen der Arbeitswelt

12. Wie haben sich die berufsbedingten Allergien entwickelt? Welche Bedeutung haben sie im Rahmen der Berufskrankheiten? Welche allergischen Krankheiten sind als Berufskrankheiten anerkannt?

13. Welche Bedeutung haben allergische Erkrankungen in Forschung, Praxis und Ausbildung der Arbeitsmedizin? Mit welchen Maßnahmen wird die arbeitsmedizinische Epidemiologie speziell dieser Erkrankungen gefördert?

14. Alle jugendlichen Arbeitnehmer müssen vor Beginn ihrer Ausbildung bzw. Tätigkeit nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz untersucht werden. Besteht bei der Bundesregierung die Absicht, im Rahmen dieser Untersuchung die Allergieproblematik im Sinne einer „medizinischen Berufsberatung" stärker zu berücksichtigen und die Ergebnisse solcher Untersuchungen bundesweit auszuwerten, um wichtige Hinweise auf die Allergieentwicklung bei Jugendlichen zu erhalten?

15. Sollten entsprechende Untersuchungen nicht auch auf alle Auszubildenden (über 18 Jahre) ausgeweitet werden? Sollten entsprechende Untersuchungen auch für andere Ausbildungsgänge (z. B. für Studenten bestimmter Fachrichtungen) eingeführt werden?

16. Welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung erwogen und ggf. gefördert, um Atopikern die Ausübung von

Berufen zu ermöglichen, bei denen Allergieerkrankungen gewöhnlich eine Behinderung darstellen?

17. Durch welche Maßnahmen gewährleistet die Bundesregierung, daß zum Wehr- oder Zivildienst einberufene Atopiker während dieser Tätigkeit keiner spezifischen Allergenbelastung ausgesetzt werden, bzw. sichergestellt wird, daß sich ihr Krankheitsbild nicht verschlimmert? Wie wird dieses Krankheitsbild bei der Feststellung der medizinischen Eignung berücksichtigt?

d) Zu Maßnahmen der Bundesregierung

18. Welche präventiven Maßnahmen strebt die Bundesregierung gegen (die Zunahme von) Allergieerkrankungen an.
    — Ist die Entwicklung einer TA Innenraum beabsichtigt?
    — Soll die Arbeitsschutzgesetzgebung, einschließlich neuer technischer Regelwerke, erweitert werden?
    — Sind Vorschriften für eine erweiterte Deklarationspflicht der potentiellen Allergene sowie der Inhaltsstoffe in Nahrungsmitteln, Kosmetika und Arzneimitteln beabsichtigt?
    — Sind im Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz verschärfte Vorschriften über den Einsatz von Schad- und Zusatzstoffen beabsichtigt?
    — Besteht die Absicht, für die Risikogruppe der an Atemwegserkrankungen leidenden Menschen in absehbarer Zeit einen Schadstoffwarndienst einzurichten?

19. Wie wird die Bundesregierung künftig die Allergologie im Bereich der ärztlichen Ausbildung und vor allem der berufsbegleitenden Fortbildung insbesondere der niedergelassenen Ärzte fördern?

20. Wie soll erkrankten Jugendlichen und Kindern frühzeitig in der Form geholfen werden, daß es nicht später im Erwachsenenalter zu irreversiblen Schäden kommt? Bestehen bei der Bundesregierung Überlegungen, zum Schutz der Allergiker einen (europaweiten) Allergiepaß einzuführen?

21. Ist die Bundesregierung bereit, zukünftig die Arbeit der Selbsthilfegruppen finanziell besser zu fördern? Wie bewertet sie die Arbeit dieser Gruppen?

22. Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik der Selbsthilfegruppen an dem Gesetzentwurf zur Strukturreform im Gesundheitswesen, wonach sich die vorgesehenen Einsparungen bei Heil- und Hilfsmitteln für Allergiekranke besonders negativ auswirken?

23. Wie beurteilt die Bundesregierung die im § 75 des Entwurfs des Gesundheits-Reformgesetzes vorgesehenen Einschränkungen der Zusatzleistungen der Krankenkassen im Hinblick auf Allergieerkrankungen? Wie wirkt sich die Tatsache auf die präventiven Leistungen der Kassen aus, daß Zusatzleistungen nur noch „Zur Erprobung" vorgesehen sind?

24. Gibt es bei der Bundesregierung Überlegungen, die „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher" finanziell so zu stärken, daß

sie die Verbraucherberatung zum Schutz vor Allergien wirksam übernehmen kann?

25. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, um Erkrankten an Neurodermitis eine soziale und berufliche Integration zu ermöglichen? Wie sollen insbesondere eine qualifizierte Ausbildung und eine „medizinische Berufsberatung" sichergestellt werden?

Bonn, den 8. Juli 1988

Müller (Düsseldorf)
Schäfer (Offenburg)
Becker-Inglau
Schmidt (Salzgitter)
Weiermann
Dreßler
Bachmaier
Blunck
Conradi
Fischer (Homburg)
Dr. Hartenstein
Dr. Hauff
Kiehm
Koltzsch
Lennartz
Dr. Martiny
Matthäus-Maier
Menzel
Reimann
Reuter
Dr. Schöfberger
Schütz
Stahl (Kempen)
Waltemathe
Adler
Ibrügger
Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333